

Kreistag gegen Neonazi-Aufmarsch

PINNEBERG: Streit um Resolution

Aus Anlass einer Demonstration von Neonazis hat der Kreistag eine „Resolution gegen Fremdenfeindlichkeit und Extremismus“ verabschiedet.

Der Pinneberger Kreistag hat während seiner jüngsten Sitzung eine „Resolution gegen Fremdenfeindlichkeit und Extremismus“ verabschiedet. Anlass ist der von Neonazis angemeldete Aufmarsch in Pinneberg am 6. Juni. Einhellig verurteilten die Fraktionen rechtsextremistisches Gedankengut. „Der Pinneberger Kreistag“, so heißt es in der Resolution, „wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen Bestrebungen, das respektvolle und von gegenseitiger Toleranz geprägte Miteinander im Kreis Pinneberg durch die von Rechtsextremisten angemeldete Demonstration zu stören.“ Einig waren sich die Politiker auch, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft haben dürften.

Die Initiative dazu, dass der Kreistag Stellung bezogen hat, ging von der Fraktion Die Linke aus. Sie hatte eine aktuelle Stunde zur jüngsten Sitzung beantragt und einen Resolutions-Entwurf eingereicht. Doch dieser stieß nicht auf einhellige Zustimmung. Die CDU konterte mit einer „Resolution gegen rechts- und linksextremistische Kundgebungen und Aufmärsche“. Die Lösung versuchte Kreispräsident Burkhard E. Tiemann (CDU): Auf Bitten des Hauptausschusses fasste er die unterschiedlichen Versionen zusammen, baute Änderungswünsche der Grünen ein. Er bat „alle Demokraten, der Resolution zustimmen“.

Das hätte auch fast geklappt. Claus-Peter Matetzki (Linke) signalisierte Zustimmung.

Schärfe brachte indes der Kreispräsident selbst in die Diskussion, indem er aus dem Verfassungsschutzbericht des schleswig-holsteinischen Innenministers die zunehmende Gewalt von Links zitierte. FDP-Fraktionsvorsitzender Klaus G. Bremer machte seinem Unmut über die Debatte Luft und forderte, die Neonazis „tot zu schweigen“.

Einstimmig wurde die Resolution danach nicht mehr verabschiedet. Die Linksfraktion stimmte dagegen. „Wenn sie alle Demokraten auffordern, dem Papier zuzustimmen“, so Reinhard Eggers-Frie (Linke), „dann oute ich mich hiermit als Anti-Demokrat.“ (thk)

▶ STANDPUNKT

Mit der Diskussion über die Resolution zum geplanten Neonazi-Aufmarsch in Pinneberg am 6. Juni hat der Pinneberger Kreistag eine große Chance vertan. Statt sich einmütig gegen den Aufmarsch der Rechtsradikalen zu stellen und Solidarität unter anderem mit der Jüdischen Gemeinde Pinneberg, die zur Gegendemonstration aufgerufen hat, zu bekunden, verlieren sich die Abgeordneten in Debatten über Extremismus im Allgemeinen. Warum, so fragt man sich, können CDU und KWGp den Neonazi-Aufmarsch nicht einfach verurteilen, ohne auf Gewalt von Linksradikalen hinzuweisen? Und ob es richtig ist – wie vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Klaus G. Bremer gefordert – die rechtsradikalen Umtriebe totzuschweigen und den Rechten die Straßen zu überlassen, ist mehr als fraglich. Sicher ist indes: Der Kreistag hat bewiesen: Die Demokraten sind uneins. Diese Spaltung dürfte die Neonazis freuen.

Thomas Klink